

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 39. Sitzung des Ortsbeirates Blasewitz (OBR BI/039/2013)

am Mittwoch, 29. Mai 2013,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Blasewitz, Ratssaal,
Naumannstraße 5, 01309 Dresden**

Beginn der Sitzung:

17:30 Uhr

Ende der Sitzung:

19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Sylvia Günther

Mitglied Liste CDU

Johann von Keyserlingk

Andreas Atzenbeck

Jürgen Eckoldt

Michael Heidrich

Bodo Kilian

Walter Rogge

Annegret Wagner

Mitglied Liste DIE LINKE

Ilona Schär

Kerstin Wagner

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Reinhard Decker

Matthias Just

Carola Kufner

Mitglied Liste SPD

Christian Bösl

Mitglied Liste FDP

Carsten Biesok

Sven Gärtner

Katja Rülke

Mitglied Liste Bürgerbündnis

Werner Schnuppe

Mitglied Liste NPD

Fritjof Richter

Stellvertretende Mitglieder

Klaus-Dieter Fleckner

Dr. Ing. Frank Urban

Vertretung für Herrn Christian Scholz

Vertretung für Frau Gudrun Böhmig

Abwesend:

Mitglied Liste DIE LINKE
Gudrun Böhmig

Mitglied Liste SPD
Alexandra Kruse

Mitglied Liste Freie Bürger
Christian Scholz

Stellvertretende Mitglieder
Uta Hoffmann

Vertretung für Frau Alexandra Kruse

Gäste:

Herr Trepte

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

und 4 Bürgerinnen und Bürger

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Kontrolle der Niederschriften zur 37. Ortsbeiratssitzung am 20.03.2013 und der 38. Ortsbeiratssitzung am 17.04.2013
- 2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
 - 2.1 Bürgerbeteiligung stärken – Einrichtung einer Plattform für E-Petitionen auf der Stadt-Website **A0722/13
beratend**
 - 2.2 Errichtung von Informationstafeln zur Dokumentation der Geschichte und des Baus der Dresdner Waldschlößchenbrücke **A0734/13
beratend**
- 3 Informationen der Ortsamtsleiterin
 - 3.1 Festlegung der Vertreter zur Auswertung des Werkstattverfahrens Seidnitz/Tolkewitz
 - 3.2 Fortschreibung der Straßenreinigungsgebührensatzung
 - 3.3 Sonstiges
- 4 Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte und Bürger

öffentlich

Einleitung:

Die Ortsamtsleiterin (OAL), Frau Günther, begrüßt die Ortsbeiräte (OBR) und eröffnet die 39. Sitzung. Die Einladung zur Sitzung ist den Ortsbeiräten form- und fristgerecht zugegangen. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest. Einwände gegen die Tagesordnung bestehen nicht.

1 Kontrolle der Niederschriften zur 37. Ortsbeiratssitzung am 20.03.2013 und der 38. Ortsbeiratssitzung am 17.04.2013

Die Einsprüche bezüglich der Niederschrift der 37. Ortsbeiratssitzung vom 20.03.2013 wurden aufgenommen. Zur Niederschrift der 38. Ortsbeiratssitzung vom 17.04.2013 gibt es keine Anmerkungen. Die Niederschriften sind damit angenommen. Frau Günther benennt Frau K. Wagner und Herrn Richter sowie Herrn Kilian und Herrn Decker zu Unterzeichnung.

2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

2.1 Bürgerbeteiligung stärken – Einrichtung einer Plattform für E-Petitionen auf der Stadt-Website

**A0722/13
beratend**

Die OAL begrüßt den Stadtrat Thomas Trepte von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Vorstellung des o. g. Antrages.

Der Antrag sieht die Einrichtung einer Online-Plattform vor, welche die elektronische Erstellung von Einzel- sowie Massenpetitionen ermöglicht. Massenpetitionen sollen online mitgezeichnet werden können, wie es bereits analog durch Unterschriftenlisten möglich ist. Zudem sollen diese Petitionen bei Erreichen eines festzulegenden Quorums wie ein Antrag aus der Mitte des Stadtrates (SR) behandelt werden. Demnach sollte den Petenten im SR Rederecht zur Vorstellung der Petition eingeräumt werden.

Herr Schnuppe möchte wissen, ob und wie die Zulässigkeit von laufenden Petitionen geprüft wird. Er erkundigt sich, wie viele Massenpetitionen erfahrungsgemäß jährlich zu erwarten seien.

Herr Trepte erklärt, dass bei Zuständigkeitproblemen eine entsprechende Weiterleitung an Bundestags- und Landtagspetitionsstellen gibt. In der Vergangenheit überwogen die Einzelpetitionen. Er schätzt, dass es bisher jährlich 3 bis 4 Massenpetitionen gab, sodass eine Überlastung des SR nicht zu befürchten sei.

Herr Biesok hat rechtliche Bedenken gegen den Antrag und sieht darin eine Aushöhlung der Sächsischen Gemeindeordnung. Gegen die elektronische Erstellung von Petitionen sei grundsätzlich nichts einzuwenden. Traditionell ist eine Petition eine Eingabe Einzelner oder mehrerer Bürger, die sich mit einem besonderen Anliegen an die Obrigkeit wenden. Problematisch sei die nachträgliche Mitzeichnung, da sie eher den Charakter eines Bürgerantrages annehme und damit eine Plattform für direkte Demokratie darstellt. Speziell in dem geforderten Rederecht im SR sieht er eine Umgehung der bestehenden Regelungen zum Einwohnerantrag.

Herr Trepte argumentiert, dass bei E-Petitionen ein Stichtag gesetzt wird, bis zu dem mitgezeichnet wird. Erst danach wird diese als Massenpetition übergeben.

In Leipzig werden bereits E-Petitionen im SR, nach Beratung im Petitionsausschuss, behandelt. Ein Rederecht im SR besteht dort hingegen nicht.

Für Herrn Heidrich würde der Charakter einer Petition durch den Antrag verfremdet. Eine Petition eigne sich nur bedingt für die politische Auseinandersetzung. Die plebiszitären Elemente seien in den §§ 22 ff. SächsGemO abschließend geregelt. Ferner vermisst er im Antrag Ausführungen zur datenschutzrechtlichen Ausgestaltung des Vorhabens.

Herr Trepte erklärt, dass Massenpetitionen bereits in der Geschäftsordnung des Petitionsausschusses geregelt sind und der Antrag lediglich die elektronische Nutzung ermöglichen will. Er stellt klar, dass es sich um keinen Antrag aus der Mitte des SR handelt, sondern diese nur wie solche behandelt werden würden. Damit würde das Anliegen durch den nichtöffentlichen Petitionsausschuss nur vorberaten werden und das Anliegen des/ der Petenten an Öffentlichkeit gewinnen.

Herr Biesok hält dies für unnötig, da der SR das Recht besitzt, jede Angelegenheit die Ausschüssen obliegen, an sich zu ziehen. Er ist der Meinung, dass der Antrag begrifflich die Massenpetition und das Mitzeichnen einer eingereichten Petition, als Sympathiebekundung, gleichsetzt.

Herr Dr. Urban sieht in Onlinepetitionen einen bedeutenden Ausdruck der Demokratie und würde es begrüßen, weitergehende Betätigungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene zu schaffen.

Gegen die Wortmeldung des Bürgers Herrn Bertram gibt es keine Einwände. Aus seiner Sicht würde der Antrag dazu beitragen, dass bestimmte Misstände -sofern durch die Petenten gewünscht- überhaupt erst öffentlichkeitswirksam werden.

Herr Richter stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf punktweise Abstimmung. Dieser wird mehrheitlich angenommen.

Ja 17 Nein 1 Enthaltung 1

Frau Rülke beantragt die Änderung des Punktes 1 des Beschlussvorschlages wie folgt:

1. „Die Stadt Dresden richtet eine Online-Plattform für E-Petitionen ein. Dort könnten künftig Einzelpetitionen eingegeben sowie Massenpetitionen erstellt ~~und mitgezeichnet~~ werden. Es wird dafür die Möglichkeit geprüft, die Stadt-Website dresden.de um eine entsprechende Plattform zu erweitern.“

Dieser Änderungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

Ja 12 Nein 6 Enthaltung 1

Die OAL bringt den geänderten Beschlussvorschlag punktweise zur Abstimmung.

Punkt 1 (w. o.)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

2. „Petitionen, die von einer festzulegenden Zahl von BürgerInnen der Stadt innerhalb einer festzulegenden Frist unterstützt werden, sollen wie Anträge aus der Mitte des Stadtrates behandelt werden. Folglich sollte den Initiatoren von Petitionen ein Rederecht in der öffentlichen Sitzung des Stadtrates eingeräumt werden.“

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Ja 5 Nein 10 Enthaltung 4

3. „Die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden und die Geschäftsordnung des Petitionsausschuss sind an die neu zu schaffenden Möglichkeiten der Wahrnehmung des Petitionsrechtes anzupassen und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Ja 9 Nein 10 Enthaltung 0

2.2 Errichtung von Informationstafeln zur Dokumentation der Geschichte und des Baus der Dresdner Waldschlösschenbrücke

**A0734/13
beratend**

Der OBR Herr Gärtner übernimmt die Vorstellung des Antrages der FDP-Fraktion.

Dieser sieht die Errichtung von Informationstafeln vor, welche insbesondere ortsfremden Personen die Geschichte des Baus von den ersten Ideen 1859 bis zur Fertigstellung 2013 erläutern. Insbesondere soll auf den Bürgerentscheid und die Aberkennung des UNESCO-Welterbetitel eingegangen werden. Als größtes Infrastrukturprojekt der letzten 20 Jahre sollte dieses auch dementsprechend gewürdigt werden.

Herr Dr. Urban lehnt den Antrag ab, da die verschiedenen Positionen der Parteien und Einwohnern zu dieser umstrittenen und komplexen Entscheidung unmöglich auf einer Informationstafel abgebildet werden können.

Herr Heidrich erinnert daran, dass auch andere Dresdner Brückenbauvorhaben umstritten waren. Deshalb wirbt er dafür, derartige Informationstafeln auch an allen anderen geschichtsträchtigen Elbbrücken in Betracht zu ziehen. In dem eingebrachten Änderungsantrag sieht er einen touristischen Mehrwert verbunden mit einer Abmilderung der ideologischen Schärfe zum Bau der Waldschlösschenbrücke.

In der vorgeschlagenen Änderung sieht Herr Biesok eine Abwandlung des Antragscharakters. Er spricht sich generell für eine bessere touristische Vermarktung der Landeshauptstadt, z. B. durch die Verwendung von Smartphone-Einbindungen aus. In dem Aufstellen der Hinweistafeln für den erfolgten Fledermausschutz sieht er ein Ungleichgewicht zur fehlenden Würdigung des Gesamtbauvorhabens.

Herr Bösl meint, dass das Vorhaben dem Versöhnungsprozess von Brückengegnern und -befürwortern nicht gerade zuträglich ist. Es sei unmöglich alles Genannte auf einer Tafel abzubilden und dabei beiden Seiten gerecht zu werden.

Frau Schär schließt sich der Argumentation von Herr Bösl an. Zumindest jetzt sei es für eine Informationstafel noch zu früh. Sie sieht in dem Brückenbau keine herausragende kulturelle Leistung, welche dem Vorhaben angemessen wäre.

Herr Decker erinnert an das ehrenamtliche Engagement der Organisatoren des Elbhangfestes, welches zum Zustandekommen des Welterbetitels 2005 führte. Nicht nur für diesen Personenkreis wären die geforderten, steuerfinanzierten Informationstafeln unerträglich.

Herr Eckoldt begrüßt den Vorschlag, den langen Weg über die Planungen, die Beweggründe für und gegen den Bau, bis zur Fertigstellung unter Berücksichtigung aller Standpunkte zu

dokumentieren. Eine Tafel hält er dafür als ungeeignet und spricht sich eher für die Erstellung von entsprechenden Broschüren aus.

Frau Kűfner lehnt die Idee nicht grundsätzlich ab, jedoch hält sie den Zeitpunkt für verfrűht.

Herr Heidrich trűgt den 脘nderungsvorschlag vor.

1. Die Stadt Dresden errichtet Informationstafeln zur Dokumentation der Geschichte und des Baus der Dresdner **Elbbrűcken, wie der Waldschlűssenbrűcke und der Loschwitzer Brűcke (Blaues Wunder)**. ~~vorzugsweise an folgenden Standorten: entlang der zunehmend touristisch genutzten Elberadwege in Hűhe beider Brűckenkűpfe und auf dem neu gestalteten „Aussichtspunkt Waldschlűssenbrűcke“ űber der Tunnelleinfahrt an der Bautzner Straűe.~~
2. ~~Die Dokumentation zu Geschichte und Bau soll den gesamten Zeitraum von den ersten Ideen fűr eine Elbquerung im Rahmen des Generalbauplanes 1859/62 bis hin zur feierlichen Erűffnung im Jahr 2013 umfassen. Aufgrund der Bedeutung fűr die Geschichte der Stadt sollen der Bűrgerentscheid und die Entscheidung der UNESCO zur Aberkennung des Welterbtitels dabei besonders herausgearbeitet werden.~~
3. Es ist zu prűfen, inwieweit auch fremdsprachige Informationsangebote integrierbar sind, und ob diese, wie auch weitergehende Informationen zu **den Dresdner Elbbrűcken, wie der Waldschlűssenbrűcke und der Loschwitzer Brűcke (Blaues Wunder)**, ggf. in digitaler Form űber QR-Codes zur Verfűgung gestellt werden kűnnen.

Die OAL bringt den 脘nderungsantrag zur Abstimmung.

Ablehnung

Ja 6 Nein 11 Enthaltung 2

Frau Gűnther l脘sst űber den Originalantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 4 Nein 8 Enthaltung 7

3 Informationen der Ortsamtsleiterin

3.1 Festlegung der Vertreter zur Auswertung des Werkstattverfahrens Seidnitz/Tolkewitz

Frau Gűnther erinnert an die Auftaktveranstaltung zum Werkstattverfahren, bei dem die Eckpunkte der Planungsvorgaben vorgestellt wurden. Im August sollen die Planungen auf einem Abschlusskolloquium vorgestellt und anschlieűnd durch ein Fachgremium aus Gutachtern und Sachverstűndigen bewertet werden.

Hierfűr bittet das Stadtplanungsamt drei Ortsbeir脘te zu benennen, welche beratend an dieser Veranstaltung teilnehmen. Hierfűr wűrden sich Herr Heidrich, Frau Kűfner und Herr Schnuppe durch ihre Wohnortn脘he besonders eignen.

Frau K. Wagner erkundigt sich, warum nur drei OBR entsendet werden sollen. Frau Gűnther erkl脘rt, dass die Teilnahme aller OBR warscheinlich die angesetzte Teilnehmerzahl űber-

schreiten würde. Da es sich nur um einen Vorschlag handelt, signalisiert sie Bereitschaft notfalls auch sieben OBR entsprechend der vertretenen Fraktionen zu benennen.

Daher werden Herr Heidrich, Herr Gärtner, Herr Schnuppe, Herr Bösl, Frau Böhmig, Frau Kufner und Herr Richter benannt.

3.2 Fortschreibung der Straßenreinigungsgebührensatzung

Da in der vergangenen Sitzung einige Fragen nicht beantwortet werden konnten, wurde die Entscheidung zur Fortschreibung vertagt. Entsprechend des Wunsches der OBR wurden die Leiter der Sachgebiete Straßenreinigung sowie -gebührenerhebung zur Aufklärung eingeladen. Diese folgten der Bitte nicht. Frau Günther informiert, dass die Bedarfsreinigung nicht in der Straßenreinigungsgebührensatzung geregelt ist und nur auf den Straßen erfolgt, die gebührenpflichtig gereinigt werden.

Da es keine breiten Beschwerden der Anwohner gibt, spricht sich Frau Schär für die Beibehaltung des bestehenden Katalogs der zu reinigenden Straßen aus. Eine grundlegende Änderung des Vorgehens sei über einen Vorschlag an die Oberbürgermeisterin oder über die entsprechenden Stadtratsfraktionen zweckmäßiger.

Frau Rülke würde es begrüßen, wenn Bedarfsreinigungen auf allen Straßen, speziell infolge von Großveranstaltungen ermöglicht würden.

Frau Günther bittet den OBR zur Abstimmung darüber, ob der Bestandes der zu reinigenden Straßen beibehalten werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 16 Nein 1 Enthaltung 3

3.3 Sonstiges

Frau Günther informier über:

- die Beantwortung der Anfrage an die Oberbürgermeisterin zum Verfahrensstand des Elbeparkplatzes
- zu anstehenden Instandsetzungsarbeiten von Korrosionsschäden am Blauen Wunder
- das ernüchternde Auswertungsergebnis der Hundeaktionswochen
- die Errichtung einer neuen Brücke über den Blasewitzer-Grunaer Landgraben im Zuge des Baues der Kipsdorfer Str.

4 Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte und Bürger

Es folgen eine Reihe von Hinweisen und Anfragen der OBR; Schwerpunkte waren:

Herr Decker :

1. Die Notwendigkeit der Auswechslung der funktionierenden Straßenbeleuchtungsmasten und Leuchtkörper im Bereich der Beilstraße/ Herkulesstraße.
2. Der Vorschlag für ein Linksabbiegeverbot von der Berggartenstraße auf die Kretschmerstraße zur Vermeidung der häufigen Behinderungen im Kreuzungsbereich.
3. Eine „dauergrüne“ Fußgängerampel an der Baustelle auf der Karcherallee Richtung Rayskistr.

Herr Just:

1. Eine mögliche Versetzung von Jungbäumen aus Bereich der Schandauer Str. bis Altenberger Str.
2. Er erkundigt sich zu der Baumaßnahme an der Glashütter Str., welche kein Baustellen-schild aufweist.

Herr Bösl:

Das dauerhafte Abstellen von PKW auf den Flächen vor der Kindertageseinrichtung auf der Geisingstraße. Dieses erschwert das Bringen und Abholen der Kinder durch die Eltern.

Herr Richter:

Der Ausgleich von Unebenheiten auf Sandgehwegen, z. B. auf der Brucknerstraße

Herr Fleckner:

Der Verbleib des entfernten Mahndepot Nr. 60 auf der Schandauer Str. (Richtigstellung der Anfrage von Herrn Scholz nach Stolperstein)

Frau Wagner:

Erkundigt sich nach der Auswertung der Verkehrszählung am Hüblerplatz.

Frau Rülke:

Verschwundene Bänke und Papierkörbe im Rothermundtpark.

Herr Eckoldt:

Die Notwendigkeit der Sanierung des Fußweges an der Borsbergstraße zwischen dem Fettscherplatz und Krenkelstraße im Jahr 2012.

Herr Heidrich:

erkundigt sich zur vorgesehenen Standortverlagerung des BSZ „Franz-Ludwig-Gehe“ entsprechend eines gesonderten Stadtratsbeschlusses.

Sylvia Günther
Vorsitzende

Clemens Höhne
Schriftführer

OBR-Mitglied

OBR-Mitglied